

AKTUELL

HOMOSEXUELLE ELTERN

Protest gegen Meloni

Joël Adami

Die queerfeindliche Politik in Italien sorgt auch in Luxemburg für Aufregung. Mit einer Demonstration vor der italienischen Botschaft wurde ein Zeichen der Solidarität gesetzt.

Am vergangenen Freitag demonstrierten einige Mitglieder der „L-Mums“ vor der italienischen Botschaft in Luxemburg-Stadt. Sie hielten Regenbogenflaggen und ein Schild mit der Aufschrift „We stand by Italian Mums“ hoch. Das so, dass ihre Gesichter auf dem Foto, das sie in den sozialen Medien posten, nicht erkennbar sind. Das macht deutlich, dass es hier nicht um eine lockere Pride-Veranstaltung geht, sondern um Solidarität mit den Regenbogenfamilien in Italien und Widerstand gegen die homofeindliche Politik, die vor allem durch die Regierung Meloni vorangetrieben wird.

In einer Pressemitteilung drücken zwei Gruppen ihre Sorge um die Situation in Italien und dem Rest Europas aus: Die L-Mums und die G-Dads, die lesbischen Mütter und die schwulen Väter. Beide Gruppen repräsentieren insgesamt 40 Familien und sehen sich als wachsende Gemeinschaft. Sie dienen der Vernetzung und dem Austausch und helfen bei konkreten bürokratischen Problemen. Ein ausführliches Interview über die Arbeit der L-Mums hat die woxx in ihrer Ausgabe 1732 veröffentlicht.

Zwei Ereignisse hatten in Italien in den vergangenen Wochen für Entsetzen in der queeren Gemeinschaft gesorgt und führten nun zu Protesten: Einerseits waren in der norditalienischen Stadt Padua 27 lesbische Mütter aus den Geburtsurkunden ihrer Kinder gestrichen worden, andererseits soll es in Italien illegal werden, im Ausland auf Leihmutter zurückzugreifen.

Das Streichen lesbischer Mütter aus den Geburtsurkunden war von der Staatsanwältin der Stadt, Valeria Sanzari, angeordnet worden. In Italien gibt es keine einheitlichen Regeln zum Abstammungsrecht, die homosexuellen Eltern eine direkte Anerkennung gewähren würden. Daher entscheiden die Gemeinden selbst, ob sie beide Teile eines homosexuellen Paares als Eltern in die Geburtsurkunden eintragen oder nicht.

Drakonische Strafen für Regenbogenfamilien

Dadurch, dass die Geburtsurkunden nun retroaktiv geändert wurden, ist nur noch eine Mutter offiziell Elternteil. Das bedeutet in der Praxis, dass der anderen Mutter verschiedene Rechte entzogen werden, sie zum Bei-



Regenbogenfamilien protestierten letzten Freitag vor der italienischen Botschaft in Luxemburg-Stadt.

FOTO: L-MUMS

spiel ihr Kind nicht mehr von der Schule abholen kann. Das Thema sorgte bereits im März für Aufregung. Damals hatte ein Brief aus dem Innenministerium dem linksliberalen Bürgermeister von Mailand verboten, Geburtsurkunden auszustellen, auf denen zwei Eltern gleichen Geschlechts vermerkt waren. Innenminister ist in Italien Matteo Piantedosi von der rechtsradikalen Partei Lega Nord.

In Luxemburg gibt es immer noch keine automatische Anerkennung der Co-Elternschaft: Stattdessen müssen lesbische Mütter eine langwierige Adoptionsprozedur in Kauf nehmen (woxx 1744).

Am 27. Juni verabschiedete das italienische Parlament einen Gesetzesentwurf der Partei Fratelli d'Italia, mit dem es für Italiener*innen strafbar wird, eine Leihmutter in Anspruch zu nehmen, selbst wenn dies im Ausland passiert. Die Strafen sind drakonisch: Zwischen drei Monaten und zwei Jahren Haft sowie Geldbußen zwischen 600.000 und einer Million Euro. Das Gesetz ist noch nicht rechtskräftig, es muss zuerst noch den Senat passieren.

Die L-Mums und G-Dads, die sich im LGBTIQ+-Zentrum Cigale treffen, nennen die Maßnahmen der italienischen Regierung „homofeindliche und hasserfüllte Politik gegenüber gleichgeschlechtlichen Familien und ihrer Kinder“. Sie betonen, dass solche Aktionen in einer demokratischen Gesellschaft nicht geduldet werden können und fordern die EU-Mitgliedsstaaten auf, die Regierung Meloni zu verurteilen. „Jedes Mal, wenn die Rechte unserer Kinder und unserer Regenbogenfamilien in Gefahr sind, werden wir, die L-Mums und G-Dads, denjenigen zur Seite stehen, die Opfer von Diskriminierung, Homofeindlichkeit und Hass sind“, heißt es in der Pressemitteilung der beiden Gruppen. Sie weisen darauf hin, dass auch in Luxemburg homofeindliche Handlungen zunehmen, und verweisen auf die Hasskampagne gegen die Dragqueen Tatta Tom (woxx 1744).

SHORT NEWS

Immobilien : la Fédération des artisans sort les crocs

(fg) – Deux semaines après la publication par l’Autorité de la concurrence d’une enquête incendiaire sur le marché immobilier, la Fédération des artisans sort les crocs pour défendre « les intérêts des 4.000 entreprises de l’artisanat » (woxx 1745). Dans une lettre ouverte diffusée ce 2 août, elle exige du ministre socialiste de l’Économie qu’il se désolidarise des conclusions de l’enquête. Lors de la publication de celle-ci le 19 juillet, Franz Fayot, qui a la concurrence sous sa tutelle, avait jugé sur Twitter que « les promoteurs et les agences immobilières ont largement contribué à la flambée des prix du logement » par la spéculation foncière, des marges exagérées et des salaires maintenus volontairement bas dans la construction pour entretenir le manque de main-d’œuvre et limiter les nouvelles mises en chantier. La Fédération des artisans dénonce les amalgames entre promotion immobilière, agence immobilière et construction. Elle réfute l’accusation sur les salaires et accuse à son tour l’État d’entretenir la hausse des prix de l’immobilier en ne construisant pas assez de logements. Profitant de cette agitation, les députés CSV Elisabeth Margue et Marc Lies interrogent à leur tour la validité de l’enquête, dans une question parlementaire à Franz Fayot. À l’approche des législatives, chacun rejette sur l’autre la responsabilité de la crise majeure du logement, à laquelle le gouvernement n’a pas su apporter de réponse efficace ces cinq dernières années. Pas plus que les professionnel·les du secteur.

Trubel um den Tice

(ja) – Die Zukunft des interkommunalen Transportverbands der Südgemeinden (Tice), sorgt weiter für Diskussionen. Die Verlängerung der Tram von Luxemburg-Stadt nach Esch-Belval könnte schließlich heißen, dass Busverbindungen aufgekündigt werden. Außerdem gibt es Sorgen, bisherige Tice-Linien könnten an private Busunternehmen vergeben werden oder der Beamt*innenstatus der Fahrer*innen aufgekündigt werden. Nach dem Piratepartei-Abgeordneten Marc Goergen wandte sich auch Marc Spautz (CSV) besorgt mit einer parlamentarischen Anfrage an den Mobilitätsminister François Bausch (Déi Gréng). Der beschwichtigte in seinen Antworten: Am 19. Juli habe er Vertreter*innen der Personaldelegation getroffen und dabei unterstrichen, dass das Syndikat weiterhin eine wichtige Rolle bei der Reorganisation des öffentlichen Transports im Süden Luxemburgs spielen müsse. Bausch betonte in seiner Antwort, er wolle keine Arbeitsplätze abbauen oder die Zahl der gefahrenen Kilometer reduzieren. Die Personaldelegation soll bei der Erstellung eines neuen Busnetzes in der Südregion ihre Expertise beisteuern. Zur Frage des Beamtenstatus schwieg Bausch in seiner Antwort allerdings. Die Frage, warum das Tice-Netz nicht gleichzeitig mit der aufwändigen Reorganisation des nationalen RGTR-Netzes oder gar bei den Arbeiten zum nationalen Mobilitätsplan umgestaltet worden ist, stellten leider weder Goergen noch Spautz.

Globale Ressourcen nach 8 Monaten aufgebraucht

(mes) – Knapp ein halbes Jahr nach Luxemburg, überschritt die Welt am 2. August die diesjährige Ressourcenkapazität des Planeten. Fortan werde die Weltbevölkerung laut dem Global Footprint Network auf Pump leben und so bis Jahresende rechnerisch die nachwachsenden Ressourcen von 1,7 Erden verbrauchen. Luxemburg hatte die für dieses Jahr verfügbaren Ressourcen schon am 14. Februar aufgebraucht. Damit thront das Land weltweit auf dem 2. Platz. Nur Katar schnitt dieses Jahr schlechter ab. In Luxemburg spiegele der große ökologische Fußabdruck „die Größe der Wirtschaftssektoren, des Lebensstandards und der Kaufkraft“ – sowohl die der Bevölkerung als auch die der Grenzgänger – wider, so der hiesige Nachhaltigkeitsrat (CSDD). In einem Presseschreiben forderte der Rat deswegen zu einem Überdenken des Wirtschaftsmodells auf. Luxemburg solle seinen Ressourcenverbrauch konsequent runterschrauben und „das Ziel One Planet erreichen“, um „ein Beispiel für den ökologischen Wandel“ zu werden. Würden alle Länder es Luxemburg gleichtun, bräuchte die Menschheit fast acht Planeten, um ihren Ressourcenbedarf zu decken. Der Erdüberlastungstag rückt jedes Jahr näher an den Jahresbeginn. In den letzten zehn Jahren lag er jedoch meistens gegen Anfang August, so das Carbon Footprint Network, das den Erdüberlastungstag seit den 1970ern berechnet.